

Vorlage Nr.II/55/2021
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

Controlling-Bericht FINANZEN Juni 2021

A Problem

Der Haushalt der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2021 wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 26.11.2020 mit einem Gesamtvolumen in Einnahme und Ausgabe von 799.588.280 Euro beschlossen. Um der Stadtverordnetenversammlung einen ausgeglichenen Haushalt 2021 zur Beschlussfassung vorlegen zu können, wurde eine globale Minderausgabe in Höhe von 13.273.990 Euro veranschlagt, die im Haushaltsvollzug 2021 aufzulösen ist.

Nach Artikel 131a Absatz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (BremLV) sind die Einnahmen und Ausgaben **grundsätzlich** ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen (Prinzip der sog. „Schuldenbremse“). Gemäß Artikel 146 Absatz 1 BremLV findet der Artikel 131a BremLV auch in den Gemeinden des Landes Bremen und somit auch in der Stadt Bremerhaven Anwendung. Allerdings besteht nach Artikel 131a Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 6 BremLV, § 18 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung (LHO) und § 18a Absatz 1 Nr. 2 LHO die Möglichkeit einer Kreditaufnahme bei einer von der wirtschaftlichen Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung, sofern sie sich rechnerisch nach § 18a Absatz 1 LHO ergibt (**konjunkturelle Kreditaufnahme 2021 ca. 9,5 Mio. €**).

Die Kreditfinanzierung der coronabedingten Steuereinnahmeausfälle 2021 (**ca. 12,3 Mio. €**) erfolgt gemäß Artikel 131a Abs. 3 BremLV mit der Kreditaufnahme für den coronabedingten „Bremerhaven-Fonds“ (**70,0 Mio. €**). Diese Kreditaufnahme – zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie – („Bremerhaven-Fonds“) ist durch die genannte Vorschrift im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen gedeckt. Die Stadtverordnetenversammlung hat diese Ausnahmesituation gemäß Artikel 131a Absatz 3 BremLV in ihrer Sitzung am 26.11.2020 festgestellt.

Insofern wurde eine Gesamtkreditermächtigung 2021 in Höhe von 91.023.080 Euro (**unter Berücksichtigung finanzieller Transaktionen von ca. – 0,8 Mio. €**) zum Ausgleich der prognostizierten konjunkturell sowie coronabedingten Steuereinnahmeausfälle 2021 sowie für den coronabedingten „Bremerhaven-Fonds“ von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die coronabedingte Kreditaufnahme 2021 in Höhe von 82.320.890 € ist mit einer Tilgungsregelung nach Artikel 131a Absatz 3 Satz 2 BremLV verbunden, wonach diese Kredite ab dem Jahr 2024 über einen Zeitraum von 30 Jahren in gleichen Raten zu tilgen sind. Für das Haushaltsjahr 2021 ist bereits eine vorgezogene Tilgungsrate eingeplant.

Mit Schreiben vom 30.11.2020 hat die Stadtkämmerei der Aufsichtsbehörde Senator für Finanzen die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Haushaltssatzung 2021 zur Genehmigung zugeleitet.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat die Haushaltssatzung 2021 in seiner Sitzung am 22.12.2020 genehmigt.

Die Veröffentlichung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen erfolgte am 30.12.2020.

Das zentrale Finanzcontrolling des Dezernates II legt nach Ablauf des Monats Juni 2021 den als Anlage beigefügten „Controlling-Bericht *FINANZEN Juni 2021*“ vor, der eine Gesamtschau über den Haushaltsverlauf Januar bis Juni 2021 bietet **und tendenzielle Aussagen** im Hinblick auf das Ende des Haushaltsjahres 2021 enthält.

Ferner hat die Stadtkämmerei nach Ablauf des 1. Halbjahres 2021 die Fachbereiche um eine erste Einschätzung der jeweiligen Budgetrisiken bis zum Jahresende 2021 gebeten. Auf Grundlage dieser Informationen basiert die nachfolgende Projektion bezogen auf den weiteren Haushaltsverlauf 2021.

Zusammenfassende Darstellung der zum Ende Juni 2021 bekannten und von den Fachämtern zusätzlich gemeldeten voraussichtlichen weiteren Haushaltsbe- und -entlastungen bis Ende 2021:

I. Voraussichtliche Haushaltsbelastungen 2021	in Euro
Veranschlagte Globale Minderausgaben	13.273.990,00
Mindereinnahmen Steuern; Anschlag 2021 zu Steuerschätzung 05/2021	4.576.617,00
Sozialleistungsmindereinnahmen	2.349.186,00
Sonstige Mindereinnahmen	2.197.000,00
Mehrausgaben persönliche Assistenzen, Schulamt	755.000,00
Sozialleistungsmehrausgaben	13.745.342,00
Sonstige Mehrausgaben	8.576.589,00
Summe voraussichtliche Haushaltsbelastungen	45.473.724,00
II. Voraussichtliche Haushaltsentlastungen 2021	in Euro
Mehreinnahmen Schlüsselzuweisungen; Anschlag 2021 zu Steuerschätzung 05/2021	1.071.468,00
Sozialleistungsmehreinnahmen	5.279.100,00
Sonstige Mehreinnahmen	4.059.130,00
Minderausgaben PA "Übrige Verwaltung"	208.090,00
Minderausgaben Zinsen	500.000,00
Sozialleistungsminderausgaben	2.247.881,00
Sonstige Minderausgaben	7.329.614,00
Summe voraussichtliche Haushaltsentlastungen	20.695.283,00
III. Verbleibende Haushaltsrisiken 2021 (Saldo Haushaltsbe- und -entlastungen)	24.778.441,00

entlastungen)

Wie der Zusammenfassung der bekannten und von den Fachbereichen im Juni 2021 zusätzlich gemeldeten Haushaltsrisiken entnommen werden kann, werden bis Ende 2021 Haushaltsrisiken in Gesamthöhe von ca. 24,8 Mio. € prognostiziert. In diesen prognostizierten Haushaltsrisiken sind die bis zum 30.06.2021 bekannten zusätzlichen Nettobelastungen aufgrund der kurzfristigen Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie, die im Haushalt 2021 auf hierfür gesondert eingerichteten Haushaltsstellen gebucht wurden, in Höhe von ca. 4,8 Mio. € bereits enthalten.

Diese Nettobelastungen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie stellen sich bis zum 30.06.2021 wie folgt dar:

Amt / Referat / Betrieb	Mehreinnahmen aufgrund Corona bis zum 30.06.2021 in €	Mehrausgaben aufgrund Corona bis zum 30.06.2021 in €	Erwartete Erstatt. aus Mitteln vom Bund, Bremen- bzw. BHV- Fonds lt. Mitteilung vom Juli 2021 in €	Nettobelastung aufgrund Corona bis zum 30.06.2021 in €
Magistratskanzlei	0,00	484,31	0,00	484,31
Büro der StVV	0,00	11.498,67	0,00	11.498,67
Referat für Wirtschaft	0,00	550.885,60	550.885,60	0,00
Personalamt	548.504,17	2.972.718,58	0,00	2.424.214,41
Stadtkämmerei	404.819,20	0,00	0,00	-404.819,20
Feuerwehr	161.000,00	25.181,68	0,00	-135.818,32
Schulamt	5.535.352,20	9.271.822,68	3.734.000,00	2.470,48
Kulturamt	0,00	235.860,86	12.773,24	223.087,62
Stadtarchiv	0,00	22,46	0,00	22,46
Volkshochschule	0,00	999,82	0,00	999,82
Theater und Orchester	0,00	913,91	0,00	913,91
Sozialamt	0,00	702.097,82	10.000,00	692.097,82
Amt f. Jugend, Fam. und Frauen	0,00	237.782,87	0,00	237.782,87
Amt für Sport und Freizeit	0,00	5.616,17	0,00	5.616,17
Gesundheitsamt	1.293.035,29	6.189.478,23	3.950.000,00	946.442,94
Stadtplanungsamt	0,00	6.840,06	6.840,06	0,00
Gartenbauamt	0,00	131,59	0,00	131,59
Vollzugspolizei	491.000,00	778.387,87	0,00	287.387,87
Bürger- und Ordnungsamt	0,00	80.589,01	0,00	80.589,01
Seestadt Immobilien	139.669,95	537.180,42	0,00	397.510,47
GESAMT	8.573.380,81	21.608.492,61	8.264.498,90	4.770.612,90

B Lösung

Der Magistrat nimmt den als Anlage beigefügten „**Controlling-Bericht FINANZEN Juni 2021**“ zum Verlauf des Gesamthaushaltes zur Kenntnis.

Der Magistrat nimmt die derzeit bekannten Budgetrisiken (einschl. der globalen Minderausgaben in Höhe von ca. – 13,3 Mio. € sowie den Nettobelastungen aufgrund der kurzfristigen Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie in Höhe von ca. 4,8 Mio. €) mit einem Volumen von ca. 24,8 Mio. € zur Kenntnis.

Zum Ausgleich der **Budgetrisiken in Höhe von derzeit ca. 24,8 Mio.** (einschl. der globalen Minderausgaben in Höhe von ca. – 13,3 Mio. € sowie den Nettobelastungen aufgrund der kurzfristigen Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie in Höhe von ca. 4,8 Mio. €) schlägt das Dezernat II nachfolgende Maßnahmen zum Teilausgleich vor:

Maßnahmen zur Auflösung der veranschlagten globalen Minderausgaben in Höhe von 13.273.990 €	Ausgleichsbetrag in €
Einsparungen bei den Personalausgaben der "übrigen Verwaltung" ca. 6,0 Mio. €, am Ende des Haushaltsjahres 2021 nicht abgeflossene Haushaltsansätze sog. „Bodensatz“ ca. 6,0 Mio. € sowie Einsparungen bei den Zuschüssen an städt. Gesellschaften ca. 1,3 Mio. €.	13.273.990,00
Weitere Maßnahmen zum Teilausgleich der verbleibenden Haushaltsrisiken in Höhe von 11.504.451 €	
Rücklagenentnahme "Allgemeine Ausgleichsrücklage" zur Finanzierung eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges bei der Feuerwehr.	1.200.000,00
Inanspruchnahme von Mitteln des "Bremerhaven-Fonds" für nicht zu refinanzierende Nettobelastungen für kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie (Stand 06/2021).	4.770.000,00
Summe Ausgleichsmaßnahmen	19.243.990,00

Sofern der Magistrat den vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von ca. 19,2 Mio. € zustimmt, könnten die derzeit bekannten Budgetrisiken in Höhe von ca. 24,8 Mio. € bis auf einen verbleibenden Betrag in Höhe von ca. 5,6 Mio. € teilweise aufgelöst werden.

Für das danach verbleibende Haushaltsrisiko in Höhe von ca. 5,6 Mio. € sind im weiteren Haushaltsvollzug 2021 geeignete Gegenfinanzierungsmöglichkeiten zur erarbeiten.

Neben den abzuwartenden Ergebnissen aus der Herbststeuerschätzung 2021, aus der ggfs. weitere Entlastungen resultieren könnten, sind die Fachbereiche gefordert, ihre Budgetprognosen mit besonderer Sorgfalt im weiteren Haushaltsverlauf 2021 einzuschätzen.

Eine sich am Jahresende 2021 ggfs. abzeichnende Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ist, sofern alle anderen Kompensationsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, durch die Inanspruchnahme von bestehenden Rücklagenbeständen auszugleichen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden könnten.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Die finanziellen Auswirkungen des Gesamthaushaltes 2021 zum Ende Juni 2021 sind dem als Anlage beigefügten „**Controlling-Bericht FINANZEN Juni 2021**“ zu entnehmen.

Die derzeit bekannten Budgetrisiken (einschl. der globalen Minderausgaben in Höhe von ca. – 13,3 Mio. €) summieren sich auf ca. 24,8 Mio. €. Durch die vom Dezernat II vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von ca. 19,2 Mio. € könnten diese derzeit bekannten Budgetrisiken bis auf einen verbleibenden Betrag in Höhe von ca. 6,6 Mio. € teilweise aufgelöst werden.

Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligungen/Abstimmung

Die dargestellten Budgetrisiken mit Stand Juni 2021 wurden der Stadtkämmerei von den Fachbereichen gemeldet.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach BremIFG ist vorgesehen.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt den als Anlage beigefügten „**Controlling-Bericht FINANZEN Juni 2021**“ zum Verlauf des Gesamthaushaltes zur Kenntnis.

Der Magistrat nimmt die derzeit bekannten Budgetrisiken (einschl. der globalen Minderausgaben in Höhe von ca. – 13,3 Mio. €) mit einem Volumen von ca. 24,8 Mio. € zur Kenntnis.

Der Magistrat stimmt den zur teilweisen Auflösung der Budgetrisiken in Höhe von ca. 24,8 Mio. € vom Dezernat II vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von ca. 19,2 Mio. € zu.

Der Magistrat bittet für das danach verbleibende Haushaltsrisiko in Höhe von ca. 5,6 Mio. € im weiteren Haushaltsvollzug 2021 geeignete Gegenfinanzierungsmöglichkeiten zu erarbeiten und bittet die Fachbereiche hierzu ihre Budgetprognosen mit besonderer Sorgfalt im weiteren Haushaltsverlauf 2021 einzuschätzen.

Ferner bittet der Magistrat, die Entwicklung der Steuereinnahmen aufgrund der Herbststeuerschätzung 2021 abzuwarten, aus der ggfs. weitere Entlastungen resultieren könnten.

Der Magistrat stimmt der Inanspruchnahme von bestehenden Rücklagenbeständen zu, um eine sich am Jahresende 2021 ggfs. abzeichnende Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben auszugleichen, sofern keine alternativen Kompensationsmöglichkeiten bestehen.

Der Magistrat bittet das Dezernat II, dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss den als Anlage beigefügten „**Controlling-Bericht FINANZEN Juni 2021**“ zum Verlauf des Gesamthaushaltes ebenfalls zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung zu seiner Sitzung am 05. Oktober 2021 zuzuleiten.

gez. Neuhoff

Neuhoff
Bürgermeister

Anlage: Controlling-Bericht FINANZEN Juni 2021